

# alternative

oip

Zeitschrift der Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion

SCHWERPUNKT

DEMOKRATIE

Nicht nur verteidigen und  
bewahren, sondern vor allem  
ausbauen.



2023  
~ 04





**4**

Wir stellen vor  
**Claudia Stadler, Martin  
Gstöttner, Matthias Schneider**

**5**

Kolumne von  
**Veronika Litschel**  
Als Wählende nicht relevant

**6-7**

100 Jahre  
Wirtschaftsdemokratie  
von **Heinz Dürr** und  
**Vera Koller**

**8**

**Markus Blümel** über die  
Social Economy Declaration

**9/10**

Soziokratie als Alternative im  
Betrieb von **Roman Schenk**

**11/12**

**Gary Fuchsbauer** über  
mangelnde Demokratie  
in den Schulen

**13**

Streiks in Hollywood  
von **Karin Stanger**

**14/15**

**Interview**  
Gemeinsam sind wir stärker.  
Interview mit  
**Wolfgang Katzian**

**16/17**

MUCH

**18-21**

Debattenseite:  
was darf Widerstand?  
**Lena Schilling, Claudia  
Paganini und Vincent Schäfer,  
Vera Koller, Simon Ziegler**

**22/23**

**Internationales**  
Lieferkettengesetz und  
internationale Solidarität  
beleuchtet von  
**Marion Polaschek und  
Michael Wögerer**

**24**

Arbeitsrechtskolumne  
mit **Vera Koller**  
zum Thema Arbeitsvertrag

**25/26**

Meinungen  
von **Sandra Reich** und  
**Laura Kaiser**

**29**

Nachrichten aus dem  
**UG Universum**  
u.a. KV-Verhandlungen  
betrachtet von  
**Albert Steinhauser**

**30**

**Notizen**  
aus Gewerkschaft  
und NGO

**31**

**Rezension**  
**Veronika Litschel** hat  
„Zukunftsfähiges Wirt-  
schaften“ gelesen

**Offenlegung gemäss §25 Mediengesetz**

Medieninhaber der „Alternative“ ist der Verein „Alternative und Grüne GewerkschafterInnen – UG“. Mitglieder des Bundesvorstandes sind: Klaus Brandhuber, Georg Gossi, Martin Gstöttner, Sandra Hofmann, Karin Stanger, Daniela Weissbacher. Herausgegeben wird die „Alternative“ von der „Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion für mehr Demokratie im ÖGB“ (UG). Diese ist ein Zusammenschluss überparteilicher und unabhängiger Listen im ÖGB – und eine Fraktion im ÖGB, die für die Demokratisierung der Arbeitswelt und der Gewerkschaften eintritt. Die Linie der „Alternative“ wird von diesen Intentionen bestimmt. Geschäftsführende Vorsitzende der UG ist Marion Polaschek, Kassierin ist Renate Vodnek.

**IMPRESSUM**

Medieninhaberin, Verlegerin: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG), Herausgeberin: Unabhängige Gewerkschaftsfraktion für mehr Demokratie im ÖGB (UG), Redaktion: Renate Vodnek & Vera Koller; Adresse: Alle 1040, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, E-Mail für Abonnement: auge@ug-oegb.at, Redaktion: alternative@ug-oegb.at, Internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung IBAN AT30 1400 0001 1022 8775, IC: BAWAATWW. Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion und der Herausgeberin entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702



### **Editorial**

Mei Demokratie is net deppat.

Ja, genauso laut und deutlich müssen wir das sagen. Die Angriffe auf demokratische Grundsätze werden nicht weniger, sondern mehr. Schleichender Verlust von Mitbestimmungsrechten und -räumen, Korruption, Falschaussagen und politischen Interventionen in rechtsstaatliche Vorgänge, mit zum Teil trauriger Aktualität, sind nur einige der vielen Schritte der Entdemokratisierung.

Grund genug auf neue und alte Ansätze zum Ausbau demokratischer Rechte einzugehen. Wir beschäftigen uns im Schwerpunkt dieser Ausgabe mit der Frage: Wie kann der Betrieb demokratischer und somit auch ein Erlebnisort für Demokratie werden? Die Debattenseiten schauen darauf, welche Formen von Widerstand als legitim erachtet werden und welche nicht. Auch ein Thema, über das kontrovers diskutiert wird.

In einer Zeit voller Krisen und Herausforderungen, Kriegen und Terror ist es wichtig, auf unsere Grundrechte und die demokratischen Grundsätze zu achten, sie zu bewahren, zu verteidigen und ihnen Räume zu verschaffen. Die Veränderungen zu radikalen und undemokratischen Verhältnissen gehen schnell, wie uns die Geschichte, aber auch die Gegenwart lehrt.

In diesem Sinne wünsche ich eine spannende Lektüre in kämpferischen Zeiten.

Solidarische Grüße  
Marion Polaschek



## Kennst du schon...?

In der Rubrik stellen wir (neue) Betriebsrät:innen, Personalvertreter:innen und Aktivist:innen der Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion vor.

Claudia Stadler

**Betriebsratsvorsitzende  
des Grünen Klubs im Parlament**

Im Juli 2020 hat sich der Betriebsrat im Grünen Parlamentsklub neu konstituiert. Weil ich im vorherigen Parlamentsklub bereits zwei Jahre (als Fachreferentin) gearbeitet habe, wurde ich gefragt, ob ich Teil des Betriebsrates sein möchte. Wir sind eine sehr coole diverse, mega gut zusammenarbeitende Truppe, finde ich. Deshalb mache ich die Betriebsrätstätigkeit zusätzlich zu meiner eigentlichen Arbeit als Fachreferentin im Bereich EU- und Entwicklungspolitik sehr gerne. Wie überall in der Arbeitswelt müssen die Arbeitnehmer:innen im Klub auf sich und ihre Rechte aufpassen. Und letzten Endes geht es doch meistens ums liebe Geld. Oder es ist die fehlende Wertschätzung der geleisteten Arbeit, die uns als Betriebsrat am meisten beschäftigt.

Jedenfalls bin ich gerade jetzt in diesen unsicheren Zeiten der Teuerung und hohen Inflation motiviert, mich noch stärker gewerkschaftlich einzubringen. Der nächste Schritt ist die AK Wahl, wo ich mich als Kandidatin bei der AUGE/UG aufstellen lassen möchte.

Sonst: bin ich dreifache Mutter von fünfjährigen Zwillingen und einem Zweijährigen, ich singe als Sopranistin gerne klassische Konzerte, genieße mit meiner Familie und mit meinem Partner Musik in allen Variationen und ich liebe italienisches Essen und Trinken.

Matthias Schneider

Eigentlich bin ich ganz anders, aber ich komme so selten dazu. Neben meinem Brotberuf als Marketing- und Kampagnenmanager, zuletzt in einer internationalen Kanzlei, engagiere ich mich primär für die sozial-ökologische Weltreform von unten. Seit meiner Jugend bin ich in links-alternativen Organisationen zu Hause und aus Leidenschaft ein Dorn im Auge von neoliberalen Hegemonien.

Mein Ziel ist die Demokratisierung der Wirtschaft und des Kapitals. Wir können eine demokratische Gesellschaft nur erreichen, indem wir für die gleichberechtigte Beteiligung aller Menschen in den bestimmenden Prozessen sorgen. Es ist meine feste Überzeugung, dass uns nur eines vor der drohenden kapitalistischen Dystopie und dem ökologischen Kollaps bewahren kann: die Ausweitung der Demokratie in alle wirtschaftlichen Bereiche. Denn wenn Menschen einmal in demokratischen Strukturen leben, wollen sie keine anderen mehr haben.

Um dieses Ziel zu erreichen, unterstütze ich die GEMEINSAM AUGE/UG und habe im Umfeld schon einige Projekte zum Thema „Zukunft der Arbeit“ und „Selbstverwaltete Betriebe“ umgesetzt. Außerdem bearbeite ich noch eine Vielzahl von politischen Themen in verschiedenen Kontexten u.a. als Arbeiterkammerrat.

Nur gemeinsam und mit Deiner Beteiligung können wir eine bessere Welt ermöglichen. Unsere Demokratie is ned deppat!

Martin Gstöckner

**Wer bin ich?**

Landessprecher der AUGE/UG OÖ, stv. Bundessprecher der AUGE/UG, AK-Fraktionsvorsitzender in OÖ, Vorstandsmitglied der AK OÖ, Vorstandsmitglied PRO-GE OÖ, Vorstandsmitglied im Bundes-ÖGB und im ÖGB OÖ, Laienrichter am OLG, Stv. Betriebsratsvorsitzender und BVP-Vorsitzender bei Plasser & Theurer.

**Wie bin ich zur UG gekommen?**

Die Arbeiterkammerwahl im Jahr 2000 und die Überpräsenz der FSG im Wahlkampf bekräftigte mich darin, mich bei der AUGE/UG einzubringen. Der Rest ist Geschichte.

**Was hat mich dazu gebracht mich gewerkschaftlich/als Betriebsrat zu organisieren?**

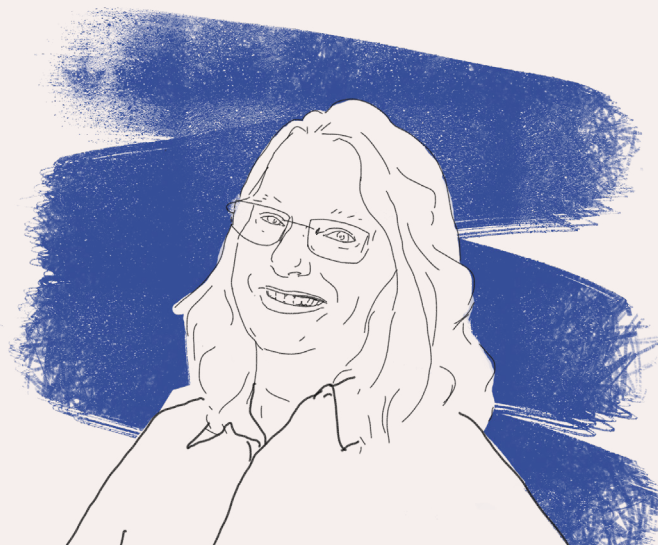
Ich bin in einem links-politisch hoch aktiven Haushalt aufgewachsen. Der Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten wurde mir quasi in die Wiege gelegt. Insofern war mir als Kind bereits klar, dass z. B. das Urlaubs-/Weihnachtsgeld nicht das Christkind bringt. Schon in meiner Lehrzeit engagierte ich mich im Jugendvertrauensrat. Unzählige gewerkschaftliche Schulungsmaßnahmen und die familiären Umstände formten mich zu einem Menschen, der das Wohl der Arbeitnehmer:innen in den Mittelpunkt seines Engagements stellt.

**Was mache ich sonst noch?**

Meine spärliche Freizeit verbringe ich gerne in meinem kleinen Häuschen am Badensee. Ich bin glühender Blau-Weiß-Linz-Fan und reise sehr gerne.



# Als Wählende nicht relevant



TEXT **Veronika Litschel**

**Rund 30% der Menschen in Wien sind vom Wahlrecht ausgeschlossen, für den politischen Diskurs jedoch höchst relevant.**

Wir kennen alle die Argumentationsstränge rund um Zuwanderung. Wir sind sie gewohnt, hören nur noch mit halbem Ohr hin. Das Thema der Wahlkämpfe ist einseitig und voller Diskriminierung, eine andere Stoßrichtung ist auch in Österreich im nächsten Jahr kaum zu erwarten.

Die Inhalte der Reden ähneln sich genauso wie die exkludierenden Gesetzgebungen. Damit werden Probleme herbeigeredet, die es in der Form nicht gibt. In Kolonialherrenart wird einerseits nach Fachkräften aus dem Ausland geschrien, andererseits den Menschen vorgeworfen, sie würden unser Sozialsystem ausnützen. Es wird über Flüchtlinge geschimpft, die nichts tun würden, und ihnen gleichzeitig der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Das ist einfach, die Betroffenen können eine solche Politik nicht abstrahieren, sie haben häufig kein Wahlrecht.

## **Pflichten ohne Rechte**

Konservative und rechte Parteien, zunehmend auch die Sozialdemokratie setzen auf das Nationale. Das Trommeln der Schuldzuweisungen an vermeintlich Fremde, die uns – wer immer „uns“ ist – etwas wegnehmen, hört nicht auf. Im Gegenteil, es wird bestimmend. Ein Blick

zu den Wahlen in Bayern oder in den Niederlanden zeigt das deutlich. Es werden Menschen, die den „falschen“ Pass haben, Umstände vorgeworfen, die sie nicht ändern können. Jene, die diese Vorwürfe erheben, sind oft auch jene, die Zugänge versperren und Rechte verweigern. Denken wir nur an die unerträgliche Integrationsdebatte mit Wertekursen, denen gleichzeitig die Mittel gekürzt werden. Es geht also gar nicht darum, die Lage zu verbessern, die Herausforderungen des gemeinsamen Lebens anzunehmen. Es

Es geht nur darum, einfache und falsche Antworten auf komplexe Frage zu geben.

geht nur darum, einfache und falsche Antworten auf komplexe Fragen zu geben.

Durch den Ausschluss von Wahlen sind Menschen ohne österreichischen Pass als Wählende nicht relevant. Das macht sie zum Spielball des Populismus. Auch wenn die Voraussetzungen, wie langer Aufenthalt, Sprachprüfungen etc., gegeben sind – eine österreichische Staatsbürger:innenschaft wird nur zuerkannt, wenn unter anderem das Einkommen hoch genug ist, aktuell über 1.700 Euro netto für ein Paar, ohne Kreditraten und

andere regelmäßige Aufwendungen. Und damit wird die Debatte, von der Demokratie lebt, begraben. Es macht allerdings keinen Sinn, sich vor den nächsten Wahlkämpfen zu fürchten. Auch die Strategie des Verständnisses für die „Ängste der Menschen“ und dem zögerlichen Abgrenzen oder Kritisieren von Diskriminierung und Populismus führt ins Leere. Wenn wir nicht ganz nach rechts in eine völlig gesplante Gesellschaft abdriften wollen, muss es um Gegenkonzepte gehen. Instrumente gibt es genug. Wenn die Menschen Angst haben und ihre Existenz durch Teuerung und wirtschaftliche Entwicklung bedroht sehen, hilft es nichts auf die daneben Stehenden zu hauen. Eingriffe in den angeblich so freien Markt, die allen zugutekommen, gerechte Löhne, würdige soziale Absicherung sind zwar keine neuen, aber funktionierende Konzepte. Auch wenn sich diese Positionierungen dafür von manchen Medien als marxistisch beschimpfen lassen müssen und Gespenster an die Wand gemalt werden, die es gar nicht gibt.



# Eine halbe Demokratie ist zu wenig.



TEXT Vera Koller und Heinz Dürr

**Bilanz zu 100 Jahren Wirtschafts-  
demokratie mit einem progressiven  
gewerkschaftlichen Blick**

**M**it Ende des ersten Weltkrieges gab es in Österreich den Versuch und die Notwendigkeit, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen. Während davor die Macht von Gottheiten usw. abgeleitet wurde, hat sich der Zugang, die politischen Vertreter:innen selbst zu wählen, entwickelt.

In den Betrieben fehlte jedoch weiterhin jede Form der Mitbestimmung. Die so geschaffene Demokratie wurde daher, insbesondere von der deutschen Gewerkschaft, als eine halbe und nicht vollendete angesehen. Im Betrieb konnte im Gegensatz zur



Wahl von politischen Vertreter:innen nicht darüber bestimmt werden, wer Vorarbeiter:in, Vorgesetzte:r oder Generaldirektor:in ist.

Um diese halbe, unvollendete Demokratie zu ergänzen, haben deutsche Gewerkschaft:innen und Vertreter:innen der Wissenschaft die ersten Grundlagen für die Wirtschaftsdemokratie entwickelt. Vorerst für Produktionsbetriebe, d.h. dort, wo es um die Versorgung mit Gütern, Essen, Wohnen ging. In Österreich haben die Austromarxist:innen, insbesondere Otto Bauer und Max Adler, gemeinsam mit der Gewerkschaft ein demokratisches Konzept erarbeitet. Innerhalb der beschäftigten Bevölkerung gab es eine große, weite Bewegung der ernsthaften Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsdemokratie und darüber hinaus entstand der Begriff des Sozialismus, der die Demokratie in allen Lebensbereichen in sich trug.

Schon in den 60er Jahren zeigte sich die Problematik der „halben Demokratie“

Der Rätegedanke wurde als ein Mittel der demokratischen Mitbestimmung im Betrieb postuliert und war im Bewusstsein der Menschen im Sinne der Selbstbestimmung tief verankert. Er begegnet uns heute nicht nur beim Betriebsrat, sondern auch im Nationalrat, Bundesrat, Gemeinderat, aber auch bei Arbeiterkammerrät:innen. Gleichzeitig begann sich der Kapitalismus als Alternative zu diesem System zu etablieren. Während die Stärkung der Demokratie viel diskutiertes Thema war, setzte das Kapital auf dessen Zurückdrängung.

Hitlers Machtübernahme mit demokratischen Mitteln, die Ausschaltung des Parlaments in Österreich 1934, die austrofaschistische Entwicklung hin zum deutschen Faschismus ausgehend von Italien, war die Entwicklung einer

Gegenmacht, die vom Kapital von A bis Z finanziell unterstützt wurde. Damit hat die Demokratie vorerst in grauslichster Form ein jähes Ende gefunden.

Das Kapital förderte die Entwicklung des Faschismus, um die Entwicklung der Demokratie und der Wirtschaftsdemokratie zu stoppen. Dieser Zeitraum hat von 1933 in Deutschland, 1934 in Österreich bis 1945 gedauert. Das Betriebsrätegesetz wurde sowohl in Deutschland als auch in Österreich aufgehoben, und es gab keine Klassen mehr, sondern Volksgemeinschaften.

#### Neuanfang nach 1945

Nach 1945 konnte sich in Österreich wieder eine neue Idee der Demokratisierung entwickeln. Mangels Unternehmen und Kapital war die zentralste Frage, wie das tagtägliche Leben organisiert werden kann. Die Hackler:innen haben „ihre Betriebe“ selbst wieder aufgebaut und zum Leben erweckt. Erst als diese gut entwickelt waren, wurden die Betriebe ihnen aus der Hand genommen. Die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie (Metallindustrie usw.) als klassische Zulieferindustrie ist bis heute nicht kritisch aufgearbeitet. Auf Betreiben der damaligen ÖVP hatte sie insbesondere den Zweck Entscheidungsgewalt zu sichern, sie wurde als Gegenpol zur Entwicklung von betrieblicher Demokratie gesehen. Aber auch die Förderung der verarbeitenden Privatwirtschaft durch günstige nicht marktkonforme Preise stellt einen nicht zu unterschätzenden, zu wenig beachteten Aspekt dar.

Von Seiten der Sozialist:innen gab es im Gegensatz dazu den vorherrschenden Glauben, dass in Betrieben der verstaatlichten Industrie mehr Mitbestimmung durch sozialistisches Management möglich sein würde. Dieser Weg scheiterte aber an der klassischen betriebswirtschaftlichen Ausbildung der Führungskräfte. Es

Den Beschäftigten wurde nie vermittelt, dass diese Ergebnisse durch ihre Mitbestimmung beeinflussbar waren

gab keine Betriebswirtschaftslehre, die die Interessen der Beschäftigten berücksichtigte, die einen Ausgleich von Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt, und somit setzten sich wieder kapitalistische Ideen durch.

Schon in den 60er Jahren zeigte sich die Problematik der „halben Demokratie“. Zwar wollte Kreisky die Demokratie in allen Lebenslagen wagen. Es gab durch die absolute Mehrheit der Sozialist:innen und durch die Einführung des Arbeitsverfassungsgesetzes weitere Schritte in Richtung betriebliche Demokratie, aber den Beschäftigten wurde nie vermittelt, dass diese Ergebnisse durch ihre Mitbestimmung beeinflussbar waren.

#### Nicht vollendete Demokratie

Seit damals wurde die Arbeitsverfassung nur unwesentlich reformiert und die damit sowieso nur rudimentär zugestandenen demokratischen Rechte der Beschäftigten sind in den Kinderschuhen stecken geblieben. Die Sozialpartnerschaft hat – bei aller Kritik – zwar etwas gebracht, aber um es überspitzt zu formulieren hat sie „dicke Bäuche auf Kosten des Gehirns“ geschaffen. Entscheidungen wurden übernommen, Dinge geschenkt, aber es wurde nie das Gefühl entwickelt, dass es Rechte der Beschäftigten sind, die von diesen mitbestimm- und gestaltbar sind. Die Verbindung zur Identitätsfunktion der Beteiligung wurde



nicht geschafft. Selbstverwaltete Alternativen gibt es, aber nicht als breites politisches Konzept.

Und somit zeigt sich mittlerweile: eine halbe Demokratie ist immer umgehbar. Der Druck auf Parlamente und politische Vertreter:innen steigt, Wirtschaftslobbys sind mächtig Player.

Die politische Demokratie ist im Moment gefährdeter denn je. Menschen begreifen sie nicht als ihre Demokratie. Mit der Wahl der Vertreter:innen wird die eigene Beteiligung als beschränkt wahrgenommen. Der unmittelbare Bezug von Mitbestimmung und Mitwirkung ist vollkommen verloren gegangen. Wenn wir acht Stunden unseres aktiven Lebens und oft auch darüber hinaus nur Befehlsempfänger:innen sind, wie soll sich ein demokratisches Denken, Handeln entwickeln?

Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie greift genau dieses Denken auf, besonders jetzt muss es umso mehr mit Leben gefüllt werden und sich in politischen Forderungen wiederfinden.

Wirtschaftsdemokratie bringt direkte und indirekte Formen der Mitgestaltung und Mitentscheidung der Beschäftigten und weiterer Betroffenengruppen über bundesweite, regionale, unternehmensweite und arbeitsplatzbezogene Angelegenheiten. Im Betrieb heißt das: Mitwirkung auf allen Ebenen und bei allen Entscheidungen. Dies führt zu resilienteren Unternehmen, weniger Fluktuation der Beschäftigten und bessere Arbeitsbedingungen.



# Social Economy Deklaration vorgestellt

Für eine demokratische und partizipative Wirtschaft im  
Dienst des Menschen und der Natur.

Über 60 Verbände, Netzwerke und Organisationen in Österreich haben am 20.9.2023 erstmals eine Social Economy Deklaration vorgestellt und im Parlament übergeben. Zu den Erstunterzeichner:innen zählen neben der GPA auch die gewerkschaftlichen Fraktionen AUGE/UG Wien und die UGÖD. Die Deklaration betont die Notwendigkeit der Demokratisierung des Alltags und der Wirtschaft.

## Gemeinwohl – Solidarität - Demokratie

Organisationen und Unternehmen der Social Economy zeichnen sich laut EU durch den Vorrang des Menschen sowie des sozialen und/oder ökologischen Zwecks vor dem Gewinn aus. Sie reinvestieren den größten Teil der Gewinne und Überschüsse und sind geprägt von einer demokratischen und/oder partizipativen Führung.

Social Economy ist eine alternative Wirtschaftsweise, die niemanden zurücklässt und mit der Natur im Einklang steht. Sie ist keine Nische. Bedarfsorientierung und die Deckung von konkreten Bedürfnissen aller stehen im Mittelpunkt: soziale Teilhabe, leistbares Wohnen und hochwertige Lebensmittel, gute Arbeit oder etwa die sorgsame Pflege im Alter.

Soziale und solidarische Ökonomien existieren weltweit. In internationalen Dokumenten bekommt die „Social and Solidarity Economy“, wie sie auch genannt wird, in den letzten Jahren vermehrt Aufmerksamkeit, so durch eine historische Resolution der UNO (2023) oder einen Aktionsplan der EU (2021). Aktuell ist eine EU-Ratsempfehlung in Vorbereitung.

In Österreich kam es zuletzt zu zahlreichen Initiativen der Social Economy: Von der Gründung von Energiegemeinschaften oder kooperativen Supermärkten bis hin zu neuen Genossenschafts- oder Interessensverbänden.

## Eine gemeinsame Deklaration

Die Social Economy Deklaration ist der Versuch, diesen sehr unterschiedlichen Akteur:innen eine gemeinsame Stimme zu geben, ein geteiltes Verständnis und gemeinsame Anliegen zu formulieren. Mit der „1. Österreichischen Social Economy Konferenz“ 2022 wurde die Arbeit an der Deklaration aufgenommen, zum Entwurf wurden Stellungnahmen in einer breiten öffentlichen Konsultation eingeholt und schließlich der Text finalisiert.

Die Deklaration hebt die Bedeutung von Demokratie und Beteiligung auf allen Ebenen hervor, so im Alltag und in der Wirtschaft. Das umfasst eine Demokratisierung von Institutionen (z.B. Schulen) wie auch von Organisationen und Unternehmen,

TEXT **Markus Blümel**

eine Wirtschaftsdemokratie auf der Meta-Ebene – also die Demokratisierung wirtschaftlicher Strukturen – und die gleichrangige Mitentscheidung von Beschäftigten und weiteren Nutzer:innen bei Gütern und Dienstleistungen.

## Social Economy stärken

Die Deklaration enthält an die 100 Forderungen zur Stärkung der Social Economy in Hinblick auf eine österreichweite Strategie.

Die Deklaration benennt politische Handlungsfelder wie öffentliche Beschaffung, Gesetze, Finanzierungs- und Fördermaßnahmen oder Kompetenzentwicklung und Bewusstseinsbildung. Damit steht Demokratie und Partizipation im Mittelpunkt von Entwicklungs- und Fördermaßnahmen der Social Economy. Dafür braucht es Unterstützungen für die, die sich in Social-Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen transformieren möchten (z.B. bei Generationenwechsel oder durch Belegschaftsübernahmen). Wichtig sind auch Kompetenzentwicklung und Bewusstseinsbildung (insbesondere in Hinblick auf die demokratische Governance) auf allen Ebenen: Unis, FHs, Berufsbildung, Verwaltung. Das bedeutet auch eine breite und inklusive Mitbestimmung von Beschäftigten und Nutzer:innen bei politischen Initiativen zur Social Economy.

Schon jetzt erfüllt die Social Economy essenzielle gesellschaftliche Funktionen. Diese Wirtschaftsweise gilt es sichtbarer zu machen und zu stärken.

Social Economy Deklaration:  
[socialeconomy.uni-graz.at](http://socialeconomy.uni-graz.at)



# Neue Demokratiemodelle im Betrieb

Die soziokratische Kreisorganisationsmethode  
als Ausbau von Mitbestimmung und Teilhabe im Betrieb

TEXT Roman Schenk

**A**ls kleiner Verein der offenen, mobilen Jugendarbeit leben wir Akzeptanz, Partizipation und Lebenswohlorientierung. Im Jahr 2020 war bei der Belegschaft das Bedürfnis nach mehr Mitbestimmung und Verantwortungsübernahme im Verein spürbar. Damit kam die Idee auf, das System Soziokratische Kreisorganisationsmethode (SKM) einzuführen.

## Die Vorbereitungen

Zunächst mussten den Mitarbeiter:innen die Grundpfeiler (und wichtige Begrifflichkeiten) eines soziokratischen Systems näher gebracht werden. Es wurden eventuelle Bedenken besprochen. In einem nächsten Schritt mussten die autonomen Bereiche ausgehandelt werden, welche sich zu einzelnen Kreisen zusammenfinden. Die Frage war, in welchen Ebenen und Bereichen welche Domänen (Kreise) angesiedelt werden, in denen selbständige Entscheidungen getroffen werden können. Dabei waren sowohl organisations- und arbeitsrechtliche Aspekte zu berücksichtigen und die Arbeitsfähigkeit der Organisation zu sichern. Dieser Prozess wurde mit einer Moderation begleitet, die auch viel Expertise zur Umsetzung der Methode einbringen konnte. Nach dem Aushandeln und dem Festlegen der Kreise und autonomen Bereiche konnte mit einer Pilotphase und danach mit einer Implementierungsphase gestartet werden.

## Soziokratischer Alltag:

Seitdem haben wir vierteljährliche Kreistreffen. Vorab können von allen Beschäftigten Themen eingebracht werden, die im allgemeinen Kreis, der den ganzen Verein betrifft, diskutiert und/oder entschieden werden sollen. Wenn möglich sollen die Themen mit Hintergrund, Fragestellung und Vorschlag formuliert werden, damit sich die anderen Kreismitglieder gut vorbereiten können (sonst aufgrund von Zeitressourcen schwierig umsetzbar). Im Regelfall diskutieren die verschiedenen Domänen in ihren Kreisstruk-



turen vor dem allgemeinen Kreistreffen, welche Meinung sie zu den eingebrachten Themen haben. Die Diskussionen und Entscheidungsfindungen bei den Quartaltreffen nehme ich als sehr respektvoll und konstruktiv wahr. Unser Prinzip ist: jede Meinung ist wichtig, viele kluge Köpfe kommen zu einer besseren Entscheidung. Einzelpersonen bekommen bei ihrer Arbeit Hilfe und bei Entscheidungen liegt die Verantwortung nicht nur bei einer Person. Dazu bekommen alle Beteiligten regelmäßiges Feedback und der Zusammenhalt wächst.

Ein Großteil der Belegschaft sieht durch die Implementierung der Soziokratie eine positive Entwicklung bezüglich Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen, Möglichkeiten von Verantwortungsübernahme und die Erhöhung von Transparenz im Verein.

Die Meetings verlaufen konstruktiver und strukturierter als vorher, einerseits natürlich auch durch die externe Moderation, aber genauso durch das Erlernen der neuen Entscheidungskultur.

Die Methode verknüpft die Entscheidungsfindung auf Leitungsebene mit der Selbstorganisation der Betroffenen. Die Kreisorganisation steht dabei in Ergänzung zu einer linearen hierarchischen Struktur. Entscheidungen sollen dort, wo die Betroffenen sind, gemeinsam erarbeitet werden. Dazu wird die Arbeit in Kreisen und Kreisprozessen organisiert. Ein Kreis oder die Domäne bezeichnen dabei eine Gruppe von Menschen, die regelmäßig zusammenkommen und ein gemeinsames Ziel erreichen wollen. Im Betrieb können das einzelne Teams, Bereiche, Abteilungen usw. sein. Ziel ist es, in einem Subsidiaritätsprinzip die Entscheidung durch Aushandlungen auf der Basisebene und im Konsens zu finden. Erst wenn das nicht möglich ist, wird an die nächste Stelle in der Hierarchie delegiert. Bei der Entscheidungsfindung liegt der gemeinsame Konsens im Fokus. Das bedeutet, wenn es keine schwerwiegenden begründeten Einwände gegen einen Beschluss gibt, können diese im Konsens getroffen werden.

TEXT Gary Fuchsbauer

## Demokratie in der Schule:

**Freunderlwirtschaft ist nicht genau dasselbe wie Mitbestimmung**

Ich möchte es gar nicht Parteibuchwirtschaft nennen, was real Demokratie und Mitbestimmung in vielen Bereichen Österreichs ersetzt, sondern treffender Freunderlwirtschaft: Es muss einer oder notfalls auch eine von uns sein, jedenfalls eine normal denkende Person, aber sicher keine von den anderen. Am besten, jemand von uns kennt diese Person. Und man muss überall dafür sorgen, dass unsere Leute entscheiden können, denn wir wissen, was das Beste ist oder wer der Beste ist. Nur wir bringen Österreich auf dem rechten Weg weiter. So ein nicht zu verhindernder Eindruck.

### **Beschränkte Mitbestimmung**

In der Schule gelingt das noch ziemlich gut oder schon wieder sehr gut. Die Mitbestimmung durch Wahlen der Betroffenen wird auf die Schulebene und dort auf weniger Wichtiges beschränkt. Schulforum und Schulgemeinschaftsausschuss können an jeder Schule gewählt werden. Schulleitungen nicht. Letztere werden von Kommissionen vorgeschlagen, aber letztlich von Bildungsdirektion oder Ministerium bestimmt. Die Kommissionen werden von den jeweiligen Mehrheiten besetzt und die sind im Bildungsbereich und öffentlichem Dienst „gottseidank“ noch weitgehend schwarz. Damit das auch so bleibt, wird den jungen Menschen vermittelt, dass sie zur richtigen politischen Farbe gehören und sich von den „richtigen“ Leuten weiterbilden lassen müssen. Direktwahlen, z.B. zur übergeordneten Schüler\*innen-Vertretung gibt es nicht. So wählen bisherige Funktionär:innen die neuen. Zwar sind die Menschen in Österreich mit 16 Jahren wahlberechtigt, aber Initiativen für eine Direktwahl der Landes- und Bundesschulsprecher:innen kamen über eine parlamentarische Bürgerinitiative nicht hinaus.

### **Abbau demokratischer Instrumente**

Bei der Auswahl der Schulleitung brachte die Bildungsreform 2017 Rückschritte. Seither haben Bewerber:innen keine Parteienstellung im Verfahren mehr und können



Entscheidungen nicht beeinspruchen. Auch wurde das bis dahin in Oberösterreich jahrzehntelang geltende Punktesystem, das der Mitbestimmung durch Lehrpersonal und Vertretungen der Schüler:innen, der Eltern sowie der Verwaltung ein bedeutendes Gewicht verliehen hatte, ersatzlos gestrichen. Darüber hinaus hatten im Falle von mehreren gleichgeschlechtlichen Bestgeeigneten die Lehrpersonen ein Entscheidungsrecht. Das wurde abgeschafft. Die Kollegien in ganz Österreich waren zumindest nach dem Stärkeverhältnis bei Landtagswahlen zusammengesetzt. Jetzt nicht mehr.

Seit 2017 gibt es Begutachtungskommissionen bei der Besetzung von Leitungsposten in der Schule. Vier stimmberechtigte Personen stellen diese Kommissionen: eine aus der GÖD, eine aus der jeweiligen Landespersonalvertretung und eine aus der Bildungsdirektion. Die vierte Person ist der:die Bildungsdirektor:in selbst, wenn es um Leitungsposten von Schulen(clustern) geht. Sie kann allerdings auch jemanden beauftragen, also ihren Platz in der Kommission weitergeben. Geht es um Bestellungen von Abteilungs- und Fachvorständ:innen wird der vierte Platz in der Kommission von der Schulleitung eingenommen. Diese vierte Person ist vor allem deswegen wichtig, weil sie in Patt-Situationen ein „Dirimierungsrecht“ hat. Sie kann entscheiden, ob die Bewerber:innen in höchstem, in hohem oder in geringerem Ausmaß „geeignet sind.“

#### **Ausschluss der Betroffenen**

Bis 2017 mussten die Anhörungen im Auswahlverfahren in Oberösterreich verpflichtend vor allen Lehrer:innen und den Vertretungen der Schüler:in-

nen, der Eltern und der Verwaltung stattfinden und gab es eine geheime Abstimmung dieser. Aber anstatt dieses Recht bundesweit auszubauen, wurde es gänzlich gestrichen. Jetzt können zwar die Personalvertretung und der Schulgemeinschaftsausschuss innerhalb von drei Wochen eine neuerliche Anhörung organisieren und eine Stellungnahme abgeben. Mit diesen kurzen Fristen wird Mitbestimmung jedoch schwierig, von einer Wahl kann keine Rede mehr sein.

#### **Trotz Personalmangel keine Objektivität**

Ein Blick auf die Neuanstellung: In Zeiten von Personalmangel dürfte es eigentlich kein Problem sein, einen Job zu bekommen. Ist es aber leider doch. Denn die Personalauswahl erfolgt real nicht mehr nach objektiven Kriterien. Schulleitungen haben ein Reihenungsrecht. Die Bildungsdirektionen ver-

zichten damit weitgehend auf ihre gesetzliche Aufsichtspflicht und lassen die Schulleitungs-Kaiser:innen schalten und walten. Daraus entstehen Entscheidungen, die fachlich nicht nachvollziehbar sind. Wenn etwa eine ausgebildete Lehrperson nicht angestellt wird, weil sie keine Schulleitung an die erste Position reiht, die Stelle dann stattdessen an eine:n Studierende:n vergeben wird. Im konkreten Fall drückte der Bildungsdirektor sein Bedauern aus und das war es dann. Erst nach Intervention konnte die Entscheidung korrigiert werden. Das alles macht den Beruf nicht attraktiver und die Vertretung aufreibend. Der Kampf um Objektivität und Mitbestimmung, um Demokratisierung als Grundlage für ein gutes Bildungssystem wird aber weitergehen.

Wie es anders gehen könnte:  
[oeli-ug.at/oeli-ug/oeli-grundsatzetze](https://oeli-ug.at/oeli-ug/oeli-grundsatzetze)



FOTO Links Ruben Rodriguez Rechts Gabe - unsplash

# Hollywood in Aufruhr

**Streiks in der Traumfabrik, die Zukunft der Unterhaltungsindustrie und die Rolle der Gewerkschaften.**

TEXT Karin Stanger

„Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Still wurde es auch in Hollywood: Große Blockbuster wie Superman lagen auf Eis, Netflix-Serien wie Stranger Things wurden verschoben – denn in Los Angeles wurde gestreikt. Die Mitglieder der Gewerkschaft SAG-AFTRA, die 160.000 Schauspieler:innen sowie andere Film- und TV-Schaffende vertritt, haben monatelang gestreikt. Im Kampf der Drehbuchautor:innen mit ihrer Gewerkschaft Writers Guild of America (WGA), die ebenfalls über fünf Monate im Streik waren, konnte im September eine Einigung erzielt werden. Die 11.500 Mitglieder haben dem Angebot zugestimmt, das Lohnerhöhungen, Regelungen für den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) und höhere Zuschüsse für die Alters- und Krankenversicherung enthält.

Ohne die Gewerkschaften wären die Autor:innen weniger in der Lage gewesen, ihre Forderungen effektiv zu kommunizieren und durchzusetzen.

## Die Rolle der Gewerkschaften

Der Autor:innen-Streik in Los Angeles hat nicht nur die Machtverhältnisse in der Unterhaltungsindustrie erschüttert, sondern auch die entscheidende Rolle der Gewerkschaften bei der Sicherung der Rechte und Interessen der Autor:innen unterstrichen. In Verhandlungen mit Studios und Produktionsfirmen fungieren sie als kollektive Vertretung, die darauf abzielt, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu sichern. Es hat sich gezeigt, ohne die Gewerk-



schaften wären die Autor:innen weniger in der Lage gewesen, ihre Forderungen effektiv zu kommunizieren und durchzusetzen.

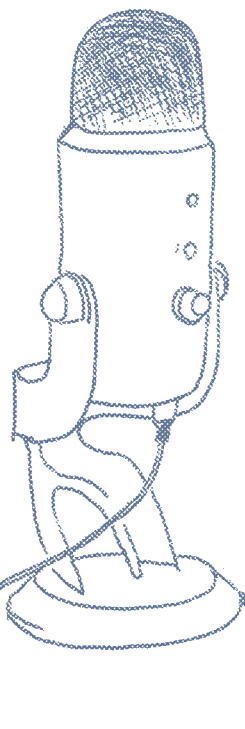
Den letzten Doppelstreik von Schauspieler:innen und Autor:innen hatte es 1960 gegeben. Während des Streiks wurde die Solidarität der Gewerkschaftsmitglieder zu einem entscheidenden Faktor. Denn sie brachten Film-, TV-Schaffende und Autor:innen unterschiedlicher Hintergründe zusammen und schafften eine starke, einheitliche Front. Diese Einigkeit war entscheidend, um den Druck auf die Arbeitgeber:innen aufrechtzuerhalten.

## Streikwelle in den USA

Der Autor:innenstreik in Los Angeles war ein Paradebeispiel dafür, wie ein gezielter Arbeitsausstand die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen und die Wirtschaftlichkeit der Unterhaltungsindustrie beeinträchtigen kann. Der kluge Einsatz solcher Druckmittel ist entscheidend, um die Verhandlungsmacht zu stärken. Das beflügelte auch andere Branchen. So gingen in Los Angeles auch Mitarbeiter:innen vom Hafen, der Müllabfuhr, der Gastronomie und die Rettungsschwimmer:innen auf die Straße. Auch der Streik der Beschäftigten in der Autoindustrie gegen die „Detroit Three“ - Ford, Stellantis und Generals Motors - war sehr erfolgreich. Nach 40 Tagen Streik zahlen die US-Autoriesen nun bis zu 33 Prozent mehr Lohn.

Die erfolgreichen Streiks haben nicht nur die Rolle der Gewerkschaften unterstrichen, sondern haben auch Auswirkungen auf ihre zukünftige Bedeutung. Positive Verhandlungsergebnisse stärken das Vertrauen der Mitglieder in die Gewerkschaften und zeigen, wie wirkungsvoll kollektive Aktionen sein können.





## A fair deal for workers – in Österreich und in Europa

Marion Polaschek im Gespräch mit Wolfgang Katzian, ÖGB-Präsident und seit Mai diesen Jahres Präsident des europäischen Gewerkschaftsbundes EGB.

**Zuerst einmal herzliche Gratulation zur neuen Aufgabe als Präsident des EGB! Und daran angeknüpft gleich die erste Frage: Wie gestaltet sich die Rolle des Präsidenten eines nationalen Gewerkschaftsbundes bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien zur Sicherung und Verbesserung von Arbeitsbedingungen im eigenen Land, und wie kann diese Rolle auf europäischer und internationaler Ebene erweitert werden?**

Danke! Grundsätzlich geht es immer um dasselbe, egal ob in Österreich oder in Europa – faire Rahmenbedingungen, auch durch möglichst viel

Mitbestimmung der Arbeitnehmer:innen. Das ist in neun Bundesländern und in den vielen Branchen schon nicht immer einfach, aber natürlich im EGB, mit seinen 93 Mitgliedsor-

Überall ist es eine Machtfrage zwischen Kapital und Arbeit.

ganisationen aus 41 Ländern, noch weit komplexer. Ich spreche nicht von sprachlichen Barrieren, sondern meine die länderspezifischen Rechtssysteme und unterschiedlichen Kultu-

ren, die es in der Gewerkschaftsarbeit zu berücksichtigen gilt. Strategien lassen sich am besten entwickeln durch Analyse gepaart mit Erfahrungs- und Interessenaustausch.

**Welche Herausforderungen und Chancen ergeben sich da bei der Zusammenarbeit von Gewerkschaften aus verschiedenen Ländern?**

Arbeitnehmer:innen haben in allen Ländern trotz großem Lohngefälle und Unterschieden bei der Ausgestaltung sozialer Auffangnetze ähnliche Kämpfe und die Gewerkschaften haben viele Gemeinsamkeiten: Überall ist es eine Machtfrage zwischen Kapi-

tal und Arbeit. Wie ist Vermögen und Einkommen verteilt? Wer bekommt wie viel vom Kuchen? Gibt es Rechte, die uns schützen? Zu welchen Bedingungen arbeiten wir? Können wir gut leben?

**Wie kann diese Herausforderung auf europäischer Ebene gelöst werden?**

Frei nach dem Motto: Gemeinsam sind wir stärker können wir schon Vorzeigbares zustande bringen. Die Richtlinie für angemessene Mindestlöhne in Europa ist ein gutes Beispiel dafür. Hier wurde die erste EU-Rechtsvorschrift geschaffen mit dem expliziten Ziel, nationale Tarifsysteme zu stärken und dadurch angemessene Mindestlöhne zu garantieren. Der Handlungsbedarf ist klar: In Österreich ist der Stundenlohn viermal höher als in Rumänien, in Ungarn und Polen ist er dreimal höher als in Tschechien.

Im KV-Weltmeisterland Österreich mit einer Abdeckung von 98 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse schafft die Richtlinie keinen Handlungsbedarf, aber in Polen sind es nur 25 Prozent und Litauen mit 15 Prozent noch weniger. Ohne das jahrelange Verhandeln und nicht-locker-lassen der europäischen Gewerkschaften hätten wir dieses Ziel nie erreicht. Die Richtlinie wird direkte Lohnverbesserungen für 24 Millionen Arbeitnehmer:innen in Europa bringen.

Die Internationalität der Gewerkschaft macht jeden einzelnen von uns stärker und ermöglicht es gleichzeitig, globale Herausforderungen anzugehen. Der EGB stellt seine Arbeit aktuell unter das Motto: A fair deal for workers.

**Gewerkschaften arbeiten oft auch vernetzt mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen an ähnlichen Themen. Wie ist diese Zusammenarbeit zu bewerten, und welche konkreten Vorteile können durch diese interorganisationelle Kooperation für die Arbeitnehmer:innen erzielt werden?**

Ich bewerte das positiv, weil wir oft dieselben Ziele haben. Denken wir an FridaysForFuture. Zu Beginn von manchen belächelt, mittlerweile ein ernstzunehmender Player mit verschiedenen Anknüpfungspunkten zu den Gewerkschaften. Gemeinsam setzen wir uns für Dekarbonisierungsmaßnahmen ein, bei denen Arbeitnehmer:innen nicht auf der Strecke bleiben. Es geht um den gerechten Strukturwandel, um Just Transition. Das heißt Investitionen in moderne Infrastruktur, Qualifizierung von Arbeitnehmer:innen für grüne Jobs und die Sicherstellung, dass grüne Jobs auch gute Jobs sind. Die Klimafrage ist auch eine Klassenfrage, bei der die Arbeitnehmer:innen nicht übergangen werden dürfen.

Lebensumstände sind sehr unterschiedlich in den einzelnen Ländern Europas.

**Gerade in diesen sehr fordernden Zeiten von digitalem Wandel, Klimawandel, Pandemie, Krieg, Teuerung und (Wieder)erstarben antidemokratischer Kräfte: Inwiefern kann die Gewerkschaftsarbeit als Friedensprojekt betrachtet werden?**

Gewerkschaften sind das größte Friedensprojekt, das liegt in unserer DNA. Unsere Vorfahren haben oft unter dem Einsatz ihres Lebens für Arbeitsrechte und damit für sozialen Frieden gekämpft. Dieser Kampf ist auch aktuell notwendig – in Österreich genauso wie in Europa.

Die Einkommens- und Lebensumstände sind sehr unterschiedlich in

den einzelnen Ländern Europas. Die Gewerkschaften achten darauf, dass die 2017 von der EU ins Leben gerufene Säule der sozialen Rechte, eine Erklärung gemeinsamer Mindeststandards wie faire Löhne, angemessene Pensionen, Gleichstellung der Geschlechter und mehr, keine Lippenbekenntnisse bleiben, sondern auch tatsächlich abgearbeitet werden.

Hier geht es neben den Mindestlöhnen um das schnellere Schließen des Gender Pay Gaps, um mehr Tempo bei den Maßnahmen gegen den Klimawandel, um ein Lieferkettengesetz mit Zähnen und natürlich auch darum, drohende Verschlechterungen zu verhindern – Stichwort Mercosur-Abkommen: Alle Gewerkschaften unterstützen das Ringen um verbindliche Arbeitnehmer:innenrechte, deren Verletzung sanktioniert werden muss.

**Zum Abschluss noch eine Frage zum Standing der Gewerkschaftsbewegung: Wie kann den österreichischen Arbeitnehmer:innen die Angst vor Veränderung und Jobverlust genommen und sie zur Mitarbeit in Gewerkschaften motiviert werden?**

Indem es uns gelingt, transparent zu machen, wofür wir uns einsetzen und was wir erreicht haben. Wir kämpfen unentwegt für ein besseres Leben, entlang unserer Grundsätze und Werte. In einer Zeit, in der Beliebigkeit und Pragmatismus zunehmen, ist das etwas Besonderes. Das Bohren harter Bretter ist uns nicht fremd, wir scheuen weder die Auseinandersetzung mit der Politik noch mit der Wirtschaft. Unser konsequentes Engagement nehmen die Arbeitnehmer:innen auch wahr, was der gerade veröffentlichte Vertrauensindex zeigt, in dem der ÖGB um fast 30 Prozent zugelegt hat. Auch die seit Jahren steigende Anzahl an neuen Mitgliedern beweist, dass die Menschen an die Veränderung mit dem ÖGB glauben.

**Vielen Dank für das Gespräch und Glück auf!**



KEIN GARMOYANER JAHRESRÜCKBLICK!

202

INFLATION BESIEGT!



SOZIALE MEDIEN WERDEN NOCH SOZIALER!

SCHON WIEDER EIN LOVE STORM

AHH DIE HAPPINESS WAVE

OH KISS BOMBS



SPORT:  
SAUDI ARAB  
DIE ERSTE M  
SCHWIMMER  
SCHAFT.





24

WIRD VIEL VIEL BESSER!



TV: ENDLICH EINMAL LEBENSNAHE TATORT FOLGEN

DER NONBINÄRE KRIMINALKOMMISSAR MUSS IN DIE POLIZEI-INTERNE AROMATHERAPIEGRUPPE ABER SEIN UGANDISCHER ADOPTIVSOHN LÖST DEN FALL MIT HILFE EINER SUNNITISCHEN BAGGERFAHRERIN



SIEN TRÄGT MÄNNERSYNCHRON WELTMEISTER-AUS



POLITIK:

BABLER GEWINNT DEN KLASSENKAMPF





Was Widerstand darf und wie weit ziviler Ungehorsam gehen soll, wird nicht nur in der Alternative kontrovers diskutiert.

TEXT **Lena Schilling**

## Demokratie und Klimaaktivismus als historische Notwendigkeit

**I**mmer wieder stellt sich die Frage, wie weit Aktivismus gehen darf. Inwieweit darf Aktivismus einschränken, inwieweit ist das Risiko einer Verwaltungsstraftaten auch notwendig bzw. inwieweit schreckt man Sympatisant:innen dadurch ab?

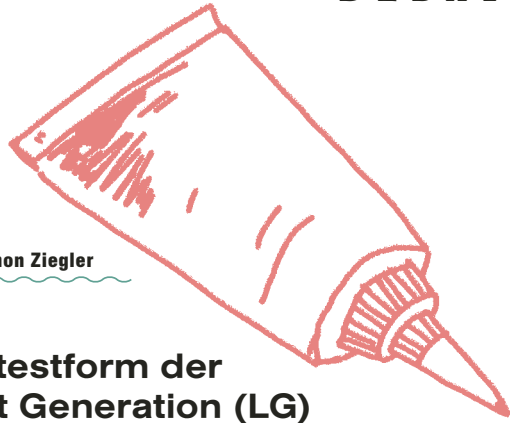
Der Sommer 2023 hat eines ganz klar gemacht: wir stehen schon jetzt knietief in der Klimakrise. Zwischen überfluteten Dörfern und Kellern, ausgetrockneten Feldern und Gletschern, die schmelzen. Die erste Juliwoche war die heißeste, die weltweit je gemessen wurde. Kaum ein Urlaubsland ohne Waldbrände, Schlagzeilen von Wasserknappheit in Südeuropa und Überschwemmungen von ganzen Orten und Dörfern.

Und trotzdem sind die Regierungen nicht bereit zu beschließen und zu tun, was notwendig wäre. Mehr als 30 Jahre wissen wir um die Klimakatastrophe Bescheid. IPCC Bericht um Bericht wird klarer, wie notwendig eine radikale Wende wäre. Seit über fünf Jahren gehen junge Menschen auf die Straße, Schüler:innen streiken und demonstrieren, sie haben appelliert und gerufen. Zig Petitionen gegen Straßenbauprojekte und für Begrünungen, ein Klimavolksbegehren mit über 300 000 Unterschriften später, wurden Baustellen und Unis besetzt. Heute diskutieren wir viel über die Menschen, die sich die Hände dabei schmutzig machen, sich auf die Straße zu kleben und wenig über die Menschen, die sich dabei die Hände schmutzig machen, die Klimakrise weiter anzuheizen.

Ziviler Ungehorsam war in der Geschichte der Menschheit oft bedeutend und ist es auch aktuell. Erinnern wir uns an die Suffragetten in England, an Rosa Parks, oder an Proteste der Arbeiter:innenbewegung. Die Frage ist nur, wen der Protest trifft und adressiert.

Es gibt sie doch die Blockierer:innen und Betonierer:innen, die Mahrsers und Schmuckenschlagers, die Nehammers und Knills. Es ist die Zeit derer, die mit ihrem Gesicht dazu beitragen, dass wir unsere Klimaziele verfehlen, die aktiv unsere Zukunft und die Lebensgrundlage zerstören.

Lasst uns die konkreten Kämpfe führen - ob Lobau, Lützerath oder Hambacher Forst - und diejenigen blockieren, die schon viel zu lange an ihren Sesseln kleben, nicht die auf der Straße.



TEXT **Simon Ziegler**

## Protestform der Last Generation (LG) ist eine Sackgasse für den Klimaschutz!

**A**us meiner Sicht führt die Protestform der LG in eine Sackgasse und schadet in dieser Form dem Kampf für Klimaschutz!

Es besteht wenig Interesse seitens der LG, eine Mehrheit der Bevölkerung für ihr Anliegen zu überzeugen. Eine Mitarbeit in bestehenden Parteien wird abgelehnt und eine Gründung einer eigenen Partei ist nicht geplant. Vielmehr möchte die LG eine radikale kritische Masse erreichen und betrachtet als Messgröße ihres Erfolges u.a. die Häufigkeit der Erwähnung in den Medien. Nur wird dort zumeist nicht der Kern des Problems diskutiert, sondern nur noch die Frage, ob das ein legitimer Protest ist.

Die aktuelle Protestform der Letzten Generation erzeugt bei der Mitte der Bevölkerung Ärger und Zorn und treibt Leute weg, die eigentlich klimafreundlich eingestellt sind. Die Störung z.B. eines Almbetriebs (Alpbachtal, Sept 2023) oder des Verkehrs am ersten Schultag (Graz, Sept. 2023) hat aus meiner Sicht nichts, aber auch gar nichts mit zivilem Widerstand gemein, sondern ist nichts anderes als ärgerlicher Aktionismus, der die Falschen trifft! Ich kenne viele, die sich hier nur kopfschüttelnd abwenden.

Florian Klenk hat es am 22.09. gut im Falter formuliert: „Widerstand leistet man gegen einen Unrechtsstaat, gegen Unrechtsordnungen, gegen Unternehmen, die zerstörerisch agieren (siehe Greenpeace), aber nicht gegenüber dem Hackler, der mit dem Kastenwagen in die Frühschicht fährt und dabei gefilmt wird, wie er die Nerven verliert und auszuckt.“

Die LG fordert die Regierenden auf eine Kehrtwende einzuleiten, ohne den zugegebenermaßen langen anstrengenden Weg der Diskussion und Überzeugungsarbeit in eben diesen Strukturen auf sich zu nehmen. Wer aber sind diese Regierenden?

Nach wie vor leben wir in Österreich in einer repräsentativen Demokratie, in der alle 5 Jahre seitens der Bevölkerung per Wahlen eine Regierung gewählt wird. Hier gilt es Anliegen des Klimaschutzes auf parlamentarischer Ebene zu stärken.

TEXT **Vera Koller**

## Die Widerstands(un)kultur

**D**er Versuch einer Annäherung an die Labilität von Realitäten, ohne den Anspruch einer Antwort. Wie weit dürfen Protest und Widerstand gehen? Wo sind die Grenzen, und inwiefern unterliegen sie immer auch einer Anpassung? Rechtlich sind die Grenzen von politischem Aktionismus und Protest mehr oder weniger klar definiert. In demokratischen Staaten befinden sich diese dort, wo der Protest gegen Gesetze verstößt und gleichzeitig nicht mehr durch menschenrechtliche Grundsätze gerechtfertigt ist. Im Fokus dieser Beurteilung steht immer die Abwägung von einzelnen und kollektiven Interessen. Wie weit diese Rechtfertigung geht, ist dabei nicht nur rechtlich mal mehr oder weniger deutlich, sondern immer auch gesellschaftlichen Wandlungen und unterschiedlichen Strömungen ausgesetzt.

War es in den politischen Bewegungen der 60er, 70er und 80er Jahre durchaus noch opportun bzw. sogar gewünscht, gegen gesellschaftliche Normen auch mit einem gewissen Nachdruck aufzutreten, wird Protest selbst von eigentlich kritischen Kräften heutzutage nur dann als unterstützenswert oder förderbar begrüßt, wenn er so wenig störend wie möglich ist.

Die konservative Ausrichtung innerhalb der österreichischen Gesellschaft ist gerade am Beispiel der Klimaproteste stark nachweisbar. Protest ist zwar gestattet und das Gut der Meinungsfreiheit wird immer wieder beschworen, gleichzeitig soll die „Normalität“ ja nicht dadurch beeinträchtigt werden.

### Protest der Anderen

In Zeiten kriegerischer, gewaltvoller Auseinandersetzungen, in Zeiten labiler Verhältnisse, rückt der Wunsch nach Veränderung weit in den Hintergrund. Mit dem Gefühl, verschont worden zu sein von den wahrhaftigen Grauslichkeiten der Menschheit, treten Dankbarkeit und Demut in den Vordergrund. Dann ist der Protest einer der Anderen, mit dem sich nur solidarisiert werden kann, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden. Die kleinste Form von zivilem Ungehorsam wird in diesen Zeiten als radikale Überschreitung gewertet. Selbstverständlich müssen demokratische Grundlagen eingehalten werden. Gesetze sind zu respektieren und es ist nach ihnen zu handeln. Wenn allerdings die gesetzlichen Rahmenbedingungen immer weiter ausgehöhlt werden, die Rechte einzelner über die anderer gestellt werden, wenn die Rechte von Migrant:innen verletzt werden, das Bedürfnis einer lebenswerten Umwelt aufgrund wirtschaftlicher Interessen negiert wird, konservative Kräfte erkämpfte Positionen entmachten, was darf Protest dann, welchen Widerstand werten wir dann als gerechtfertigt?

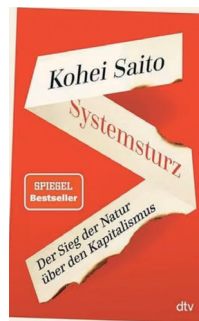


TEXT **Claudia Paganini und Vincent Schäfer**

## Demokratie und Klimaaktivismus

Die Protestformen der „Letzte Generation“ werfen Fragen auf: Wie weit darf Aktivismus gehen? Wie viel Störung muss sein und wann schreckt man Sympatisant:innen ab? Um diese Fragen zu beantworten, ist es wesentlich zu verstehen, was „ziviler Ungehorsam“ meint. Dieser ist nämlich an hohe Standards gebunden, denn selbstverständlich besteht in einem Rechtsstaat grundsätzlich die moralische Pflicht, sich an geltende Gesetze zu halten. Der zivile Ungehorsam muss sich daher gegen schwerwiegendes Unrecht richten – wie das Nicht-Einhalten von eingegangenen Verpflichtungen seitens der Regierung. Er darf die öffentliche Ordnung nicht gänzlich in Frage stellen oder gefährden. Er muss öffentlich und symbolisch sein und auf die Änderung der Mehrheitsmeinung und des politischen Handelns abzielen. Er muss friedlich sein, darf keine eigennützigen Ziele verfolgen und nicht leichtfertig, sondern als letztes Mittel eingesetzt werden.

Ziviler Ungehorsam ist ein wichtiger, man könnte sagen überlebenswichtiger Bestandteil jeder reifen politischen Kultur, eine Art Immunsystem, das reagiert, wenn mit herkömmlichen demokratischen Mitteln keine Veränderung mehr erzielt werden kann. Die Aktivist:innen sind daher gerade keine Kriminellen. Natürlich provozieren die von ihnen gewählten Protestformen und schrecken möglicherweise auch Sympathisant:innen ab. Das ist jedoch unvermeidlich. Denn jede Gesellschaft strebt danach, Kritik so lange wie möglich zu assimilieren, damit möglichst wenig an der gewohnten Praxis verändert werden muss. Das gilt umso mehr, wenn wichtige gesellschaftliche Akteur:innen eigennützige Ziele verfolgen und kein Interesse an einer Veränderung des Status Quo haben. Daher muss Protest unübersehbar und unbequem sein. Er muss die alltägliche Praxis unterbrechen, damit Menschen begreifen, dass genau diese Praxis hochproblematisch ist und uns direkt in die Klimakatastrophe führt.



Buchtipps

**Kohei Saito**

### Systemsturz, Der Sieg der Natur über den Kapitalismus.

Kohei Saito ist ein japanischer Wissenschaftler. Systemsturz ist der provokante Titel seines ins Deutsche übersetzten Buches. Der Autor fordert nichts anderes als einen Degrowth-Kommunismus! Degrowth übersetzt als Post-Wachstum heißt vor allem: raus aus dem Wachstumswahn und Umbau der Gesellschaft, die von immerwährendem Wachstum abhängig ist. Saito startet mit einer scharfen Kritik an jenen Strategien gegen die Klimakrise, welche die expansiven Dynamiken des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht in Frage stellen. Z.B. grünes Wachstum, grüner Keynesianismus oder ökologischer Konsum. Saito geht weiter und fordert die Veränderung der bestehenden Arbeitsteilung, dass also nicht einige Menschen die „bullshitsjobs“ machen und die anderen die interessanten.

Bei den fünf Säulen des Dergrowth-Kommunismus unterstreicht der Autor die Notwendigkeit, mehr Gebrauchswerte herzustellen statt am Profit orientierte Waren. Er möchte die systemrelevanten Berufe wie Pflege und Bildung aufgewertet und die für das Wohlergehen der Gesellschaft nutzlosen Jobs im Marketing und Finanzsektor weniger prestigereich und gut bezahlt sehen. In der Arbeitszeitverkürzung sieht er einen Schlüssel für eine bessere Gesellschaft. Ein Buch, das in seiner Radikalität zur Diskussion herausfordert.



**Günther Sandner, Boris Ginner (Hg.)**

### Warum Demokratie Bildung braucht, Mandelbaum Verlag

Demokratie und Bildung sind voneinander abhängig. Nur Demokratien schaffen den öffentlichen Raum für kritische Reflexion, für Meinungsstreit und politischen Diskurs. Aber ohne kompetente Beteiligung der Bürger:innen gibt es keine Demokratie. Neben einer historischen Analyse des Verhältnisses von Demokratie und Bildung geht es um folgende Fragen:

Wie beeinflusst soziale Ungleichheit politische Partizipation? Welchen Beitrag leistet das österreichische Schulsystem zur Demokratieentwicklung? Welche Impulse kann antirassistische Bildungsarbeit setzen? Trägt Bildung dazu bei, Bestehendes zu hinterfragen, Machtstrukturen zu erkennen und herrschaftsbedingte Zwänge aufzubrechen? Oder dominiert längst eine ökonomisierte Bildung, in der Menschen lernen, sich als Humanressourcen der wirtschaftlichen Verwertbarkeit unterzuordnen?

Podcasts

tv.arbeiterkammer.at



**Politik für die Vielen:  
Neue Ansätze für Klima und  
Demokratie | mit Barbara Blaha**

„Mit den Gesetzen des Marktes ist aktuellen Krisen nicht beizukommen. Die Lösung der Klimakrise braucht die Ausweitung des demokratischen Prinzips“, sagt Barbara Blaha, Leiterin des Momentum Instituts.

Sie war 2021 zu Gast beim Wiener Stadtgespräch, einer Veranstaltung der AK Wien und der Wiener Wochenzeitung Falter.

labora.digital

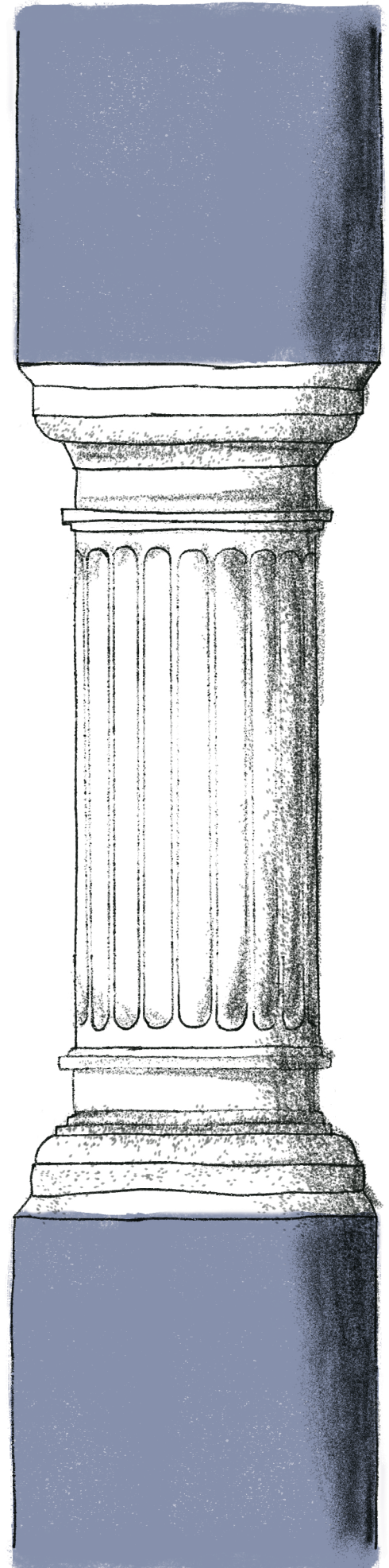


**LABOR.A: Democratize Work!**

Die erste Episode des Podcast hatte auf der LABOR.A 2020 Premiere und entstand inspiriert vom Manifest #democratizingwork, mit dem zahlreiche Wissenschaftler:innen eine Demokratisierung der Arbeitswelt forderten.

In der Episode „Unsere Arbeit, unsere App, unser Unternehmen!“ (veröffentlicht im Mai 2021) geht es um Plattform-Kooperativen, die als eine Aktualisierung der Genossenschaftsidee eine von Mitarbeitenden geführte Alternative zur Plattformökonomie à la Lieferando, Uber & Co bieten.

In der Episode „Warum Wirtschaftsdemokratie?“ (veröffentlicht im Juni 2021) erläutern Hans-Jürgen Urban, IG Metall, und Pascal Zwicky vom Denknetz (Schweiz), was Wirtschaftsdemokratie heute bedeutet.





# Internationale Solidarität in turbulenten Zeiten

Wer die Welt zu einem besseren Ort machen will, muss die Bedürfnisse des Globalen Südens berücksichtigen

**D**ass die Welt perfekt sei, können wohl nur diejenigen behaupten, die nichts von ihr mitbekommen oder in einer Traumwelt leben. Verfolgt man die Nachrichten auch nur beiläufig, können einem die turbulenten Zeiten, in denen wir leben und andere verhungern, in Kriegen umkommen oder durch die immer größer werdende Klimakrise ihre Lebensgrundlage verlieren, nicht entgangen sein. Heute, 35 Jahre nach dem Tod des österreichischen Lyrikers Erich Fried, ist sein Zitat „Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt“ aktueller denn je.

## Agenda 2030: Transformation unserer Welt

Die Zeit drängt, wenn es uns gelingen soll, allen ein gutes Leben auf einem lebenswerten Planeten zu ermöglichen. Das haben auch die höchsten Staatenlenker:innen längst erkannt und 2015 auf einem hochrangigen Gipfeltreffen der Vereinten Nationen die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs) beschlossen. In der Präambel der Agenda 2030 heißt es: „Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen. Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen.“

## Der Worte sind genug gewechselt

Seit der Beschlussfassung der SDGs durch 193 Staaten dieser Welt sind über acht Jahre vergangen und viele

TEXT Michael Wögerer

weitere salbungsvolle Worte folgten. Von der Verwirklichung der Ziele (u.a. keine Armut, kein Hunger, menschenwürdige Arbeit, Frieden) sind wir jedoch meilenweit entfernt. Das liegt in hohem Maße daran, dass die wirtschaftlich starken Länder im Globalen Norden den Ländern des Globalen Südens bei der Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele zu wenig unter die Arme greifen – im Gegenteil: Die neokoloniale Politik des reichen Westens führt dazu, den Entwicklungsländern ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu rauben. Wir erinnern uns nur an die tiefgekühlten Hühnerteile aus der EU, die den afrikanischen Bauern die Lebensgrundlage entziehen.

Umso wichtiger ist die Positionierung des ÖGB in diesen Fragen: „Die Bedürfnisse und Interessen anderer Menschen in anderen Ländern zu berücksichtigen, muss für die Gewerkschafter:innen in Österreich eine Selbstverständlichkeit sein.“

*Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, verabschiedet am 25. September 2015*

*ÖGB-Programm 2023-2028, beschlossen am 20. Bundeskongress, Juni 2023*





# Das EU-Lieferkettengesetz:

Was lange währt, wird endlich gut? Ein Überblick über den aktuellen Stand und seine möglichen Auswirkungen

**V**erantwortliche und nachhaltige Lieferketten sind in den letzten Jahren immer mehr in den Fokus der Wirtschaft gerückt. Frankreich und Deutschland haben dazu bereits nationale Vorstöße unternommen. Nun arbeitet die Europäische Union (EU) an einer einheitlichen Regelung. Die Verhandlungen sollen bis zum Beginn der EU-Wahlen 2024 abgeschlossen sein.

## Aktueller Stand der Verhandlungen

Die EU-Kommission, der Rat und das EU-Parlament diskutieren aktuell einen Vorschlag, der Unternehmen mit Sitz in der EU dazu verpflichtet, ihre gesamte Lieferkette auf soziale und ökologische Risiken zu überprüfen und Maßnahmen zur Risikominimierung zu ergreifen. Während Rat und Kommission Branchenspezifische Unterschiede sehen und auch nach Beschäftigungszahlen staffeln wollen, will das Parlament hier strikter vorgehen. Letzteres fordert Wirksamkeit ohne Branchenausnahmen und schon ab einer Mitarbeiter:innenzahl von 250.

## Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft und die Beschäftigten

Eine aktuelle Studie zur möglichen Auswirkung des Lieferkettengesetzes hat die Arbeiterkammer vorgelegt. Befürchtungen seitens der Unternehmerverbände, dass die neuen Anforderungen den Betrieben und Beschäftigten mehr schaden als nutzen, stehen im Kontrast zu den Ergebnissen. Im Gegenteil: je strikter das Gesetz, umso positivere Auswirkungen werden erwartet. Auch im direkten Konkurrenzverhältnis mit anderen Playern, wie China sind langfristig günstige Entwicklungen zu sehen.

TEXT **Marion Polaschek**

## Vorteile für den globalen Süden und den globalen Norden

Ein starkes EU-Lieferkettengesetz hat das Potenzial überall positive Effekte zu erzeugen. Im globalen Süden verbessert es die Arbeitsbedingungen, senkt die sozialen Kosten, stärkt die Rechte der Bevölkerung und erhält Lebensräume. Im globalen Norden wächst das Vertrauen der Verbraucher:innen in lokale Produktion, festigen sich Marktpositionen, sinkt der Wettbewerb nach unten und die Abwanderung von Arbeitsplätzen. Und global werden sozialer Frieden durch nachhaltigen Wohlstand und Klimaziele durch Umweltstandards erreicht.

## Fazit und Auftrag an die Gewerkschaften

Auch beim EU-Lieferkettengesetz wird es davon abhängen, wie das Gesetz umgesetzt und gelebt, aber auch sanktioniert wird. Freiwillige Appelle zur Einhaltung der Menschenrechte und zum Umweltschutz haben nachweislich wenig genutzt. Dieses Gesetz braucht Zähne und Klauen, um Standards zu setzen. Als Interessenvertretungen müssen wir in jedem Fall genau hinschauen, Rechte einfordern, uns noch mehr international vernetzen und auf Machtbalancen achten. Wenn wir es nicht tun, wer dann?





TEXT Vera Koller

## Kolumne Arbeitsrecht

**Beschäftigung ohne Vertrag, Dienstzettel oder Sozialversicherung ist keine Unternehmensfreiheit**

**V**orweg: An dieser Stelle möchte ich mich in jeder Ausgabe mit den unterschiedlichsten arbeitsrechtlichen Themen auseinandersetzen. Vorschläge sind ausdrücklich erwünscht und können an das Redaktionsteam geschickt werden.

Es gibt tatsächlich Arbeitgeber:innen, die Menschen für sich arbeiten lassen, ohne ihnen einen Dienstvertrag oder Dienstzettel auszuhändigen. Auch die Anmeldung bei der Sozialversicherung wird unterlassen. Behauptet wird dann, es liege gar kein Arbeitsverhältnis vor. Die Ausflüchte der Unternehmen sind teilweise abstrus: Menschen, die in der Firma rumschleichen, die sich nur umgesehen hätten, vielleicht ein unbezahltes Praktikum machen, zur Erprobung da sind und so weiter und so fort. Das Einmahnen gesetzlicher Regelungen erleben sie als ausgewiesene Frechheit, als Beschränkung ihres Unternehmergeistes. Die Sozialpartnerschaft aber auch gesetzliche Institutionen sind Störenfriede und nehmen den ganzen Spaß.

### So, und jetzt mal im Ernst:

Entgegen dieser Ansicht gehört es nicht zur unternehmerische Freiheit sich an gesetzliche Regelungen zu halten. Ganz im Gegenteil: diese Normierungen von gleichen Voraussetzungen dienen besonders im Arbeitsrecht der Milderung von Machtungleichheiten durch Abhängigkeiten. Ein Arbeitsverhältnis wird nach dem Arbeitsrecht nicht durch einen schriftlichen Arbeitsvertrag begründet.

Sondern die Art und Weise unter welcher es zu einem Vertragsverhältnis kommt, ist in den §§ 861 ff ABGB (Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch) geregelt. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Kaufverträge, Schenkungsverträge, Mietverträge oder eben Arbeitsverträge handelt. Für bestimmte Verträge gelten darüber hinaus einige Sonderbestimmungen, z.B. dass sie an eine bestimmte Form gebunden sind.

Der Arbeitsvertrag hingegen ist prinzipiell nicht an eine bestimmte Form gebunden. Er kommt, wie jeder andere Vertrag, durch Angebot und Annahme zustande. Er kann schriftlich oder mündlich abgeschlossen werden oder auch durch schlüssige

Handlung, also ein Vorgehen, das auf den Willen zum Vertragsabschluss schließen lässt. Als Beispiel für eine schlüssige Handlung kann der simple Kaufvertrag angeführt werden.

Ich gehe in ein Geschäft und sehe die Ware und bin bereit den dafür ausgewiesenen Kaufpreis zu bezahlen.

**Mit anderen Worten:** Nachfrage, Angebot, Annahme und schon ist ein Vertrag zustande gekommen und im Falle des Kaufvertrages, auch gleich wieder beendet.

> Nun zurück zu unserer Ausgangssituation des Arbeitsvertrages

Wenn Tätigkeiten in einer Firma verrichtet werden, ist es nicht möglich im Nachhinein einfach zu sagen, es wäre kein Vertrag zustande gekommen. Mit der Annahme der Tätigkeit entsteht ex lege ein Anspruch auf Bezahlung.

### Ein Arbeitsvertrag macht aber trotzdem Sinn,

1. um Schwarz auf Weiß zu wissen was der Inhalt des Arbeitsvertrages ist (z.B. Tätigkeit, Gehalt, Arbeitszeit.),
2. um diesen Inhalt bei Notwendigkeit auch beweisen zu können (denn es nützt nicht, die schönsten mündlichen Abreden getroffen zu haben, wenn ich sie nicht nachweisen kann),
3. weil es auch in den besten Firmen zu Streit und Zank kommen kann.

Allerdings ist dabei zu beachten, dass es keinen gesetzlichen Anspruch auf eine schriftliche Ausfertigung des Arbeitsvertrages gibt. Gemäß § 2 AVRAG besteht lediglich die Pflicht, unverzüglich nach Beginn des Arbeitsverhältnisses einen Dienstzettel auszustellen, der im wesentlichen alle für das Arbeitsverhältnis wichtigen Fakten beinhaltet. Obwohl der Dienstzettel eine bestimmte Absicherung bewirkt, ist darüber hinaus der Abschluss eines schriftlichen Arbeitsvertrages anzuraten.

# Wir müssen nur wollen?

TEXT **Sandra Reich**

**Ausgrenzung beginnt mit Sprache. Warum die Täter:innen-Opfer-Umkehr bei der Armutsgefährdung eine Entwürdigung von Menschen und eine Gefahr für den sozialen Frieden ist**

Seitdem ich das vielzitierte Video von Bundeskanzler Nehammer gesehen habe, rumort es in mir. Menschen, die strukturelle Benachteiligungen erfahren, so zu diskreditieren und zu beschämen, ist eine Verhöhnung! Ist es nicht unsere Verantwortung für einen Ausgleich zu sorgen, statt armutsgefährdete Menschen zu verachten? Hieß es nicht: Kein Kind bleibt zurück? Vergangenes Jahr waren 350.000 Kinder von Armut und Ausgrenzung bedroht. Und 2023 ist das Motto von Nehammer: „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied.“ Sind etwa 17,5 % der Österreicher:innen selbst schuld, dass sie armuts- und ausgrenzungsgefährdet sind (Stand 2022)? Das kann nicht das Problem von Individuen sein, das ist ein sozialpolitischer Auftrag!

## Die Würde des Menschen im Abverkauf

Werden Menschen absichtlich entwürdigt, um ein paar Wahlstimmen zu gewinnen? Das darf nicht sein. Denn wer beschämt wird, verfällt in Ohnmacht. Aggression und Gewalt sind dann vermeintliche Befreiung aus der lähmenden Scham.

Es braucht eine aufrichtige ENT-schuldigung, um die Last von diesen Menschen zu nehmen und die Ursache an anderer Stelle mit offenen Augen und Herzen zu finden und hoffentlich gemeinschaftlich gute Lösungen zu entwickeln.





# Solidarität ist der Fokus, den es braucht.

**P**olitische Diskussionen sind stark von Für- und Wider-Argumenten geprägt. Das Gegenüber von der eigenen Position zu überzeugen, in Verhandlungen für die eigene Sache zu gewinnen, all dies steht im Vordergrund politischer Prozesse. In kriegerischen Auseinandersetzungen verschärft sich diese Ausprägung noch einmal mehr, diese sind geprägt von Entweder-Oder-Positionen, von der Verteidigung der eigenen Existenz oder der eigenen Freiheit. Dabei kann es immer nur schwarz oder weiß, gut oder böse geben. Kriegsparteien stehen nicht im Dialog miteinander. Die Positionen werden enger, die Einordnungen in Freund oder Feind verengen den eigenen Blick. Der Stärkere gewinnt, lautet die Devise. Innerhalb dieser politischen Positionierung kann es immer nur ein Dafür oder Dagegen geben. Und genauso werden die Auseinandersetzungen geführt. Die persönliche Betroffenheit verstärkt noch einmal mehr die Überzeugung im Recht zu sein.

Die Gräueltaten der Hamas haben nicht nur zu persönlicher Betroffenheit geführt, sondern weit darüber hinaus kollektiv erlittene Traumata aufleben lassen. Die erlittenen Verletzungen, Trauer, Wut, Angst, Resignation, Kränkungen, all diese Gefühle können nie bezweifelt werden, sie sind immer real.

Ein weiteres Auseinanderdriften der unterschiedlichen Perspektiven scheint daher im ersten Blick unüberwindbar. Die Radikalisierung der Sprache führt unweigerlich zu unversöhnlichen Diskursen und dient somit gerade denen, die nur darauf lauern aus der Polarisierung Kapital zu schlagen.

TEXT **Laura Kaiser**

Gerade deswegen braucht es, abseits von Positionierungen, Räume für andere Betrachtungsweisen. Jene Räume, bei denen es nicht um die Bewertung geht. Krieg ist immer Zerstörung und für die Zivilbevölkerung eine fast ausweglose Situation, in der es vielleicht nicht die Frage ist, von welcher Kugel sie getroffen wird. Der Frieden kennt kein dafür oder dagegen, sondern immer ein sowohl als auch.

Gerade Bewegungen des Friedens, auch die Demokratiebewegung in Israel, haben jetzt einen unglaublichen Dämpfer erlitten. Besonders da Vertreter:innen, egal ob in Israel oder Palästina oder sonst wo, immer wieder an eine Möglichkeit des Friedens geglaubt haben, an ein Miteinander statt ein Gegeneinander, stellt sich die Frage, inwieweit ein aufeinander zugehen noch möglich ist. Umso mehr als Aktivist:innen selbst Opfer der Hamas sind und damit aus ihrer Realität gerissen wurden. Das Ziel des Friedens scheint unerreichbar.

Dieser Ohnmacht etwas entgegenzusetzen ist dringender denn je. Gerade jetzt braucht es etwas anderes als die Sprache der aktuellen Politik. Verurteilendes schwarz/weiß-Denken, gegenseitige Zuteilungen in Gut und Böse führen nicht zum Dialog, sondern zu Ausgrenzung und Separierung. Damit werden Differenzen vergrößert, Polarisierung verstärkt.

Demokratie bedeutet Partizipation, auch das Recht innerhalb gemeinsam bestimmter roter Linien Meinungen zu äußern.

Für die Aktivist:innen, die trotz ihrer ganz persönlichen Betroffenheit weiter an die Möglichkeit von Frieden glauben, um sie zu stärken, müssen Linke aufeinander zugehen, die Radikalität aus den Diskussionen nehmen und den Dialog suchen. Anstatt der Untergrabung der Solidarität dienlich zu sein, braucht es gestärktes gemeinsames Auftreten. Für Israel, für Palästina, für Menschen.

# Warum die Zeiten rauer werden

**Die KV-Verhandlungen finden unter schwierigen Voraussetzungen statt. Mit einer extremen Linie wollen die Arbeitgeber:innen die Krisenkosten auf die Beschäftigten abwälzen.**

TEXT **Albert Steinhauser**

Die österreichische Sozialpartnerschaft war viele Jahre ein Stück österreichische Identität. Nicht Kampf, sondern das Gespräch und der Interessensausgleich galten als ein spezifisch österreichischer Weg.

Jetzt ist alles anders. Kreise innerhalb der Industrie stellen den geübten Grundkonsens in Frage, dass bei Gehaltsverhandlungen jedenfalls die Inflation ausgeglichen wird und Verhandlungen darüber geführt werden, wie viel, abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, zusätzlich auf die Beschäftigten verteilt werden kann. Das Ziel dieser extremen Linie ist es, die Löhne und Gehälter unter der 12-Monatsinflationsrate anzuheben, also die Inflationsrate nicht auszugleichen.

Das bedeutet, dass die Gehälter gemessen an der Kaufkraft gekürzt werden. Die Unternehmer:innen wollen damit zumindest einen Teil der Kosten der Inflationskrise auf die Beschäftigten abwälzen. Anders formuliert: für die gleiche Arbeitsleistung sollen sich die Arbeitnehmer:innen künftig weniger leisten können.

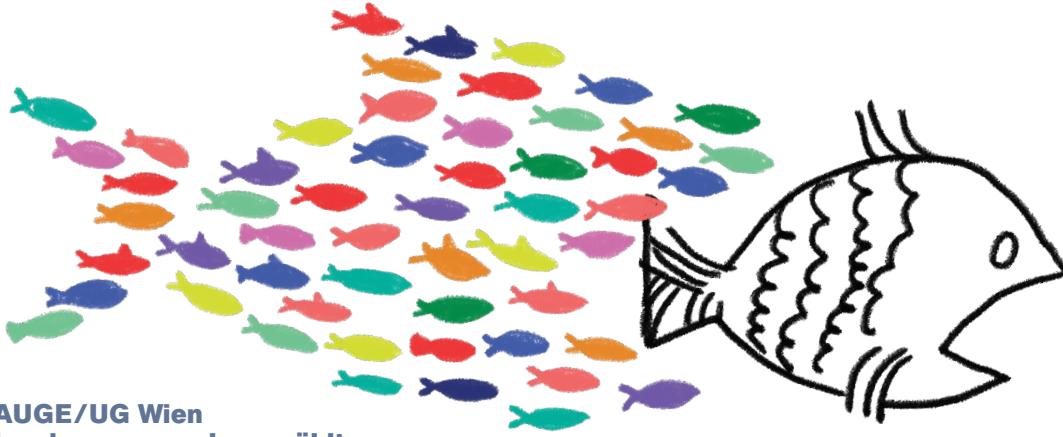
Neben der negativen Verteilungswirkung gefährdet die Vertretung der Wirtschaft die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. Tatsache ist, dass Österreichs Wirtschaft nach zwei sehr guten Jahren in einer Abschwungphase ist. Ökonom:innen sehen aber die Chance auf rasche Erholung. Als eine Voraussetzung definieren sie, dass die Gehälter zumindest in Inflationshöhe angehoben werden müssen, weil andernfalls die Inlandsnachfrage zurückgeht und als Folge die aktuell negative Entwicklung weiter anhält.



Die Gewerkschaften haben im Rahmen der Metallverhandlungen mit dem größten Arbeitskampf seit Jahrzehnten reagiert. In drei Streikwellen haben jeweils tausende Beschäftigte ihre Arbeit niedergelegt. Diese Streiks sind der Vorgeschmack auf eine, für österreichische Verhältnisse neue Kultur der Gehaltsauseinandersetzungen. Die Ära, in der Sozialpartner im Konsens durch Lohnzurückhaltung in guten Zeiten Reserven für schwierigere wirtschaftliche Phasen geschaffen haben, ist definitiv vorbei. Der Kurswechsel der Arbeitgeber:innen wird die Gewerkschaften zur Reaktion zwingen. Künftig wird in Zeiten des Aufschwungs – wenn die Wirtschaft mit Aktionen und Streiks unter Druck gesetzt werden kann – durch Mobilisierung das absolute Maximum herausgeholt werden müssen, da bei rückläufiger wirtschaftlicher Entwicklung mit keinem Ausgleich zu rechnen ist.

Die Metallindustrie hat letztendlich mit einer durchschnittlichen Lohn- und Gehaltserhöhung von 8,6% abgeschlossen. In der Sozialwirtschaft wurde eine Erhöhung von 9,2% vereinbart. Viele Gehaltsrunden stehen noch aus. Es ist völlig offen, ob die Wirtschaftskammer ihre extreme Linie weiter verfolgt und damit zähe Auseinandersetzungen provoziert oder doch wirtschaftliche Vernunft einkehrt.





**AUGE/UG Wien  
Landesversammlung wählt  
Liste für den AK  
Wahlkampf 2024**

Breit, Bunt, Gemeinsam - so lautete das Credo der Listenzusammensetzung der vorderen Kandidat:innenplätze der AUGÉ/UG Wien

Bei der 10. Landesversammlung am 18.11.2023 konnten sich alle 32 Kandidat:innen über die Unterstützung der Wahlberechtigten freuen. Mit der Wahl wurde der erste Grundstein für einen tollen Wahlkampf und die nächste Periode gesetzt. Wie auch in der Vergangenheit standen bei der Listenbesetzung Expertise und eine gute Durchmischung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit im Fokus. Mit einem breit aufgestellten Spitzenteam können diese Erwartungen mehr als umgesetzt werden.

**GEMEINSAM**

Von der Kampagnenmanagerin bei A1, dem Telekommunikationstechniker, Angestellten im Gesundheits- und Sozialbereich, über Uni-Betriebsrät:innen, die ÖBB Triebfahrzeugführerin, dem Ökonom in der OeNB bis zum Wagenmeister bei der Wiener Lokalbahn und viele Andere – kandidieren wir gemeinsam für eine solidarische Arbeitswelt und Gesellschaft.

**AUGE/UG**

Wir setzen auf Teamgeist und Diversität anstatt auf einzelne Gesichter. Unsere Themen Demokratie, Ökologie, Soziale Gerechtigkeit und unsere feministischen, antirassistischen Überzeugungen werden uns durch den Wahlkampf begleiten. Wir fordern Geschlechtergerechtigkeit, Klima statt Profit, eine ganzheitliche Demokratie auch in der Arbeitswelt, Vielfalt statt Ausgrenzung – für eine gerechte und ökologische Zukunft. Wir sind links, zu 100% unabhängig, kompetent und paktfähig. Wir sind motiviert und bereit!



**Wahlen  
in Post und A1**

Von 10. bis 12. Oktober fanden in den Betrieben der GPF Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen statt. Die Kandidatur der UG-Liste im Verteilerzentrum der Post blieb leider erfolglos. In der A1 konnte die UG-Liste unter dem Vorsitz von Heimo Eberhard in einem der drei VPAs (Wahlbereiche) erstmalig zwei Mandate erreichen. Damit wird jetzt Aliki Argyropoulos die nächsten fünf Jahre das zweite Mandat bekleiden. In der zu diesem VPA gehörenden Gewerkschaftsbezirksgruppe erreichten wir 1 Mandat, sodass Sonja Trester als weitere Frau in ein Gremium einziehen wird. In einem weiteren VPA wurde das Mandat um zwei Stimmen verfehlt. Alles in Allem ein erfreuliches Ergebnis mit Luft nach Oben, so konnten wir in einem VPA von 8% auf 13% zulegen und auch in den anderen VPAs leichte Zugewinne verzeichnen, die jedoch – wenn auch knapp - nicht für ein Mandat gereicht haben.

**ÖGB-Bundesvorstand**

Von Teuerung und schwierigen Gehalts-Verhandlungsrunden bis zu Friedensbemühungen im Nahost-Konflikt, dem Kampf auf EU-Ebene für das „Right-to-Disconnect“ bei Telearbeit und den Solidaritätsstreiks gegen Tesla in Schweden reichte der Bericht des Präsidenten. Auch verbat er sich jede Einmischung von außen bei den Arbeitskämpfen und beschwor die Deutungshoheit der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital.

Die Gewerkschaftsberichte waren durchwegs düster: Noch nie wären KV-Verhandlungen so von Missachtung und Respektlosigkeit geprägt gewesen. Einzig die Bau-Holz-Gewerkschaft mit Zwei-Jahres-Abschlüssen und die Gewerkschaft öffentlicher Dienst mit einem positiven Verhandlungsergebnis zeigten sich optimistischer. Alle Fraktionen, auch die UG, betonten die volle Solidarität und forderten Zusammenhalt, Überparteilichkeit und aktiven Einsatz.

Die Umwandlung der ArGe Ärztinnen in die ArGe Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe, mit von den Gewerkschaften besetzter Struktur und Einbindung der Länder, war für die UG zwiespältig, da dies zwar formal weniger fraktionellen Einfluss bedeutet, aber auch den Verlust direkter Information. Dennoch wurde, wie im Frühjahr mit dem ÖGB vereinbart, volle Einbindung unserer inhaltlichen Expertise über das UG-Bundessekretariat zugesichert.



FOTO Matthias Kreuzer

## Letzte AK-Vollversammlung in Wien vor der Wahl 2024

Am 14. November tagte das Wiener Arbeitnehmer:innenparlament ein letztes Mal vor der AK Wahl im April 2024. Zu Gast war der ehemalige Verfassungsrichter Rudolf Müller, der mit seinem Referat „Verfassung und Sozialpartnerschaft – eine Erfolgsgeschichte“ zum Thema Sozialstaat sprach. Karin Stanger, AUGÉ/UG Fraktionsvorsitzende in der AK Wien, ließ in ihrer Rede die letzten fünf Jahre AK-Arbeit Revue passieren. Sie ging auf die zahlreichen Krisen ein (Corona, die Klima-Krise, die Krise im Gesundheitsbereich, die Kriege und nicht zuletzt die Teuerung) und bekräftigte wie wichtig es ist, dass die Arbeitnehmer:innen eine starke Partnerin an ihrer Seite haben – die Arbeiterkammer. Darum freute es besonders, dass sich die Zusammenarbeit in der AK verbessert hat. Dennoch gibt es noch viel zu tun. Die Arbeiterkammer muss noch viel ökologischer, progressiver und dynamischer werden. Auch kritisieren die AUGÉ/UG, dass die Mehrheitsfraktion ihren kritischen Geist zu verlieren scheint, wenn es darum geht, die Stadt Wien mit Forderungen zu adressieren. Ein Grund mehr von 10. – 23. April 2024 bei der AK-Wahl bei Liste 4 Gemeinsam AUGÉ/UG das Kreuzer zu machen.

## Salzburger Betriebsräte-Award: Ehrung für Klaus Brandhuber und Robert Müllner

Unsere langjährigen AUGÉ/UG Betriebsräte und Funktionäre Robert Müllner und Klaus Brandhuber wurden beim diesjährigen Betriebsräte-Award von ÖGB und AK Salzburg ausgezeichnet.

Diakonie Betriebsrat Klaus Brandhuber (ehem. AUGÉ/UG Bundesvorstandsmitglied) wurde als Mitglied der Arbeitsgruppe „Pflege und Betreuung“ in der Kategorie „Engagement“ geehrt. Diese setzt sich seit 2020 für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen dieser Berufe ein. Robert Müllner wurde für sein Lebenswerk ausgezeichnet. Seit Mitte der 80er Jahre setzte er sich als Betriebsrat bei der Porsche Produktion und Handelsgesellschaft für seine Kolleg:innen ein. So hat er 1991 und 1995 einen Sozialplan verhandelt und an einem erfolgreichen Betriebsübergang zur Firma Pichler und Strobl mitgewirkt.

Ab 2003 war er bei der Firma MACO Betriebsrat, ab 2005 freigestellter Betriebsrats-Vorsitzender.

Auch außerhalb des Betriebs hat Robert Müllner Akzente gesetzt: AUGÉ/UG Bundesvorstand, 5 Perioden als AUGÉ/UG AK Rat, 3 davon im Vorstand, AUGÉ/UG Vertreter im Bundesvorstand des ÖGB und der Bundes-AK. Dem Mitbegründer von ATTAC-Sbg, der den Alternativgipfel beim Weltwirtschaftsforum in Salzburg organisiert hat, ist gelebte Solidarität ein Anliegen.

**Wir gratulieren herzlich und sagen Dankeschön!**



### Social Economy

#### Enquete: Demokratie

AUGE/UG und UG waren Mitveranstalterinnen der „Social Economy Enquete: Demokratie“ am 23.11., bei der die Tendenzen zur Aushöhlung der Demokratie und die Zunahme autoritärer Entwicklungen im Zentrum standen. Die Teilnehmer:innen diskutierten in 15 Workshops, wie die Social Economy dazu beitragen kann, wirtschaftliches Handeln zu demokratisieren.

Einen ausführlicheren Bericht gibt es in der Frühjahrsnummer der Alternative.

### Alternative Budgetrede 2023

Teuerung, Rezession, wachsende Ungleichverteilung und Armut: Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen gewinnt die Care-Krise zusätzlich an Schärfe. Fairsorgen hat in der alternativen Budgetrede Maßnahmen für eine verteilungs- und geschlechtergerechte Budget- und Finanzpolitik vorgestellt. Neben einer Investitions-offensive in Bildung, Pflege und Geschlechtergerechtigkeit braucht es faire Besteuerung und die Anerkennung und Honorierung der Arbeit. Weitere Punkte sind die Abschaffung von (Kinder-)Armut, die Verringerung von Gewalt an Frauen und Investitionen in Friedenspolitik statt Verschwendung bei Waffen und Panzern.

[fairsorgen.at](http://fairsorgen.at)

### AK Podcast

#### In bester Gesellschaft

Der neue Podcast von Arbeiterkammer Wien, ÖGB-Verlag, Wissenschaftsnetzwerk „Diskurs“ und INEQ Institut der WU Wien bringt Sozialpolitik und kritische Gesellschaftsanalysen ins Gespräch. Verteilung der Arbeit, Entwicklung der Einkommen, Schieflagen in der Gesellschaft, soziale Sicherheit: Wie steht es um die Entwicklung und Verteilung des Wohlstands in Österreich? Warum wird der Sozialstaat angegriffen – und welche Verbesserungen bräuchte es eigentlich? Wie können wir unsere Arbeitswelt gerecht gestalten?

[sozialeistungen.at](http://sozialeistungen.at)

### ÖGB Klimabüro

Der ÖGB hat ein neues Klimabüro – ein Kompetenzzentrum, das Betriebsräte und Beschäftigte im Kampf gegen die Klimakrise unterstützt. Hier werden in Zukunft die energie- und klimapolitischen Aktivitäten des ÖGB koordiniert und die Instrumente entwickelt um Arbeitnehmer:innen und Betriebsräte durch den Transformationsprozess zu begleiten. Für den ÖGB Präsidenten Wolfgang Katzian ist die Bekämpfung der Klimakrise eines der zentralen Anliegen.

[oegb.at](http://oegb.at)

### UNO statt OECD? EU torpediert demokratische Steuerrevolution

In einer UN-Resolution wurde Ende 2022 die Stärkung der UNO in Steuerbelangen beschlossen, ergänzt durch

einen Bericht von UN-Generalsekretär Guterres im September 2023. Damit könnten alle Länder gleichberechtigt die internationale Steuerpolitik mitgestalten. Hunderte Milliarden Euro gehen den Staaten durch Steuertricks von Konzernen verloren – die zur Bekämpfung der Klimakrise und zur Erreichung der internationalen Entwicklungsziele dringend benötigt werden. In Zeiten extremer Ungleichheit und schwerer Krisen benötigen alle Staaten Mittel, um gegenzusteuern. Heftiger Widerstand kommt von der EU und anderen OECD-Staaten, die die globalen Steuerregeln weiter in ihrem Interesse gestalten wollen. Attac, VIDC und WIDE fordern Österreich und die EU auf, Bemühungen für eine rechtsverbindliche UN-Steuerkonvention zu unterstützen.

[attac.at](http://attac.at)

### Lehrgang Global denken, global handeln 2024/2025

Dieser Lehrgang zielt darauf ab, globale Zusammenhänge erkennen, verstehen und hinterfragen zu können.

Der Lehrgang ist in sechs kompakten Modulen aufgebaut von Frühling 2024 bis Frühling 2025 und schließt mit einer Projektarbeit ab. Inhaltlich widmen wir uns dem sozial und ökologisch verantwortungsvollen Wandel in der Arbeitswelt, seinen globalen Aspekten und Auswirkungen.

Anmeldung und Infos:  
[weltumspannend-arbeiten.at](http://weltumspannend-arbeiten.at)

Bezugsquelle für alle Bücher:  
 Fachbuchhandlung des ÖGB Verlags  
 Rathausstraße 21, 1010 Wien

## Andreas Novy, Richard Bärnthaler, Magdalena Prieler: Zukunftsfähiges Wirtschaften

REZENSION **Veronika Litschel**

In der zweiten, vollständig überarbeiteten Auflage setzen sich die Autor:innen mit den multiplen Krisen, den vorherrschenden Machtkomplexen und neuen Wegen für eine lebenswerte globale Zukunft auseinander. In einer zugänglichen Sprache, die kein ökonomisches Fachwissen erfordert, werden Grundlagen bestehender Systeme aufgezeigt, um darauf Alternativen aufzubauen.

Das Buch ist in vier Teile gegliedert. Im ersten Teil stehen Theorien und Konzepte im Zentrum. Hier wird in die, auch in der politischen Debatte genutzten, Begriffe eingeführt. Der gut strukturierte Fließtext geht im zweiten Teil auf sozioökonomische Grundkonzepte ein, um im dritten Teil anhand von drei Bereichen – Globalisierung, Gesellschaft und Natur – die Vielfachkrise unserer Zeit in ihren Zusammenhängen zu beleuchten. Der Blick in die Zukunft erfolgt entlang verschiedener wirtschaftspolitischer Leitlinien. Betrachtet werden das marktliberale, das wohlfahrtskapitalistische sowie das Leitbild des Postwachstums. Abschließend werden Strategien besprochen und in die Mehrebenen-Transformation eingeführt, die aus Sicht der Autor:innen durch den Blick auf alle räumlichen Ebenen, also global und national, Wege in ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Wirtschaften ermöglichen kann.

Das Buch liest sich gut und bietet einen Überblick über die Konzepte und Ansätze des ökonomischen Diskurses, ohne dabei in Fachsprache abzugleiten oder zu belehren. Nach der Lektüre sind die Annahmen und Fakten hinter den Schlagworten der Debatte greifbar. Daraus lassen sich Argumente und Programme für Alternativen entwickeln, die begründbar sind. Es regt zum Reflektieren und Diskutieren an. Den Autor:innen ist hoch anzurechnen, dass sie sich fakten- und diskursreich aus der Wissenschaftssprache herausbewegt haben. Selbst wenn aus meiner Sicht mehr über Klassenkonzepte und weniger über Milieus hätte vorkommen können, ist der gewählte Zugang anschlussfähig und gut begründet.

Wehrmutstropfen ist, dass die Sprache weder genderneutral noch durchgängig und konsequent gegendert ist. Das scheint nicht einer Unaufmerksamkeit geschuldet zu sein, sondern eher einem Unverständnis. Und so bleibt die Leseempfehlung ambivalent. Der Inhalt ist befruchtend und lädt dazu ein, Transformation nicht nur zu verstehen, sondern zu gestalten. Der männliche Bias in der Sprache ist schlicht ärgerlich.





# 2023 ~ 04 TERMINE

## Arbeiterkammerwahlen 2024

26.01. – 08.02.2024 AK Salzburg  
26.01. – 08.02.2024 AK Vorarlberg  
29.01. – 08.02.2024 AK Tirol  
04.03. – 13.03.2024 AK Kärnten  
05.03. – 18.03.2024 AK Oberösterreich  
10.04. – 23.04.2024 AK Burgenland  
10.04. – 23.04.2024 AK Niederösterreich  
10.04. – 23.04.2024 AK Wien  
16.04. – 29.04.2024 AK Steiermark

## Attac Gesprächsreihe

### 18. Jänner 2024

„Die neue Zeit kommt nicht von allein.“

Simon Schaupp Digitalisierung und Macht:

Technopolitik von unten und Chancen demokratischer Planung

### 19. März 2024

Ulrich Brand Kapitalismus am Limit. Klimakrise, Krieg und Kampf für die Transformation

Fluc, Praterstern 5, 1020 Wien, [attac.at](http://attac.at)



## Zeit für ein Alternative-Abo!

Die Zeitschrift für unabhängige  
Gewerkschaftspolitik - unbedingt  
solidarisch und gut.

Einfach eine Email an  
[alternative@ug-oegb.at](mailto:alternative@ug-oegb.at)  
schreiben und für 17 Euro  
bestellen!

Herausgegeben von

